

## Weshalb wir gegen den Krieg in Afghanistan sind

Erklärung der Redaktion

10.10.2001

Die *World Socialist Web Site* verurteilt den militärischen Angriff Amerikas auf Afghanistan. Im Gegensatz zu den unaufrichtigen Behauptungen der Bush-Regierung dient dieser Krieg weder der Gerechtigkeit noch dem Schutz der amerikanischen Bevölkerung vor Terrorismus.

Die Flugzeugattentate vom 11. September waren politisch kriminelle Angriffe auf unschuldige Zivilisten. Wer immer diese Verbrechen begangen hat, ist eindeutig ein Feind der amerikanischen und internationalen Arbeiterklasse. Die Tatsache, dass niemand die Verantwortung für die Anschläge übernommen hat, unterstreicht ihren zutiefst reaktionären Charakter.

Der Überfall auf Afghanistan wurde zwar durch die Ereignisse des 11. September ausgelöst, hat jedoch weitaus tiefere Ursachen. Der Charakter dieses Krieges bemisst sich wie bei jedem Krieg nicht nach den unmittelbaren Ereignissen, die ihm vorausgingen. Ob er progressiv oder reaktionär ist, entscheidet sich vielmehr an der Klassenstruktur, den ökonomischen Grundlagen und der weltpolitischen Rolle der beteiligten Staaten. Unter diesen ausschlaggebenden Aspekten handelt es sich bei dem gegenwärtigen Vorgehen der Vereinigten Staaten um einen imperialistischen Krieg.

Die US-Regierung verfolgt mit diesem Krieg weit gefasste weltpolitische Interessen der amerikanischen herrschenden Klasse. Sein Hauptzweck ergibt sich aus folgenden Zusammenhängen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion vor zehn Jahren hat in Zentralasien ein Vakuum hinterlassen. Dieses Gebiet beherbergt die zweitgrößten nachgewiesenen Vorkommen an Erdöl und Erdgas weltweit.

Die Region um das Kaspische Meer, zu der Afghanistan einen strategischen Zugang eröffnet, enthält schätzungsweise 270 Milliarden Barrel Öl, was rund 20 Prozent der weltweit bekannten Reserven entspricht. Außerdem lagern dort etwa ein Achtel der weltweiten Erdgasvorkommen.

Diese außerordentlich bedeutsamen natürlichen Ressourcen befinden sich in der instabilsten Region der Welt. Indem die USA Afghanistan angreifen, dort ein Marionettenregime installieren und umfangreiche Truppen in die Region verlegen, wollen sie neue politische Verhältnisse schaffen, in deren Rahmen sie ihre Hegemonie ausüben können.

Das sind die wirklichen Überlegungen, die hinter dem gegenwärtigen Krieg stehen. Die offizielle Version, wonach wegen eines einzigen Individuums, Osama bin Laden, die gesamte amerikanische Armee mobilisiert worden sei, ist hirnverbrannt. Bin Laden vertritt mit seinem Ultranationalismus und religiösem Obskurantismus eine völlig reaktionäre Politik. Sein Jubel über die Zerstörung des World Trade Center und den Mord an beinahe 6000 Zivilisten unterstreicht dies. Doch das Bild, das die US-Regierung von bin Laden zeichnet – als Quelle alles Bösen auf der Welt – dient dazu, in zynischer Weise die wirklichen Ziele und die eigentliche Bedeutung des gegenwärtigen Krieges zu bemänteln.

Die Dämonisierung bin Ladens folgt einem Muster, das den USA bei jedem Krieg in den letzten zwei Jahrzehnten als Modus Operandi gedient hat – gegen den "Drogenboss" Manuel Noriega in Panama, den "War Lord" Mohamed Farrah Aidid in Somalia, sowie gegen die beiden "modernen Hitler" Saddam Hussein und Slobodan Milosevic. Jedes Mal versuchten die amerikanische Regierung und die Medien die öffentliche Meinung zu manipulieren, indem der zur Zielscheibe erkorene Staatsführer als das personifizierte Böse hingestellt wurde.

In einem Gastbeitrag für die *New York Times* vom 8. Oktober wies Fawaz A. Gerges, Professor am Sarah Lawrence College, auf die

wirklichen Beweggründe für den Krieg auf amerikanischer Seite hin. Gerges schilderte eine Konferenz von arabischen und muslimischen Organisationen, die eine Woche zuvor in Beirut stattgefunden hatte. Er schrieb: "Die meisten Teilnehmer behaupteten, dass es den Vereinigten Staaten um weit mehr ging als nur darum, Osama bin Ladens Organisation al-Qaida zu zerstören und das Taliban-Regime zu stürzen. Die Vertreter der muslimischen Welt misstrauten den Absichten Amerikas beinahe ausnahmslos. Sie waren der Ansicht, dass die Vereinigten Staaten eine Gesamtstrategie verfolgen, in der es um die Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien, das Vordringen in chinesische und russische Einflusssphären, die Vernichtung des irakischen Regimes und die Festigung des amerikanischen Zugriffs auf die ölproduzierenden Länder am Persischen Golf geht."

Viele Muslime äußerten den Verdacht, dass die Bush-Regierung bestrebt sei, diese Tragödie auszunutzen, um alte Rechnungen zu begleichen und die Vorherrschaft Amerikas in der Welt zu behaupten."

Dieser Verdacht ist völlig gerechtfertigt. Würden die USA die Taliban stürzen oder bin Laden töten und die Einrichtungen vernichten, die sie als Ausbildungslager für Terroristen bezeichnen, dann würden die amerikanischen Truppen nach der Verwirklichung dieser Ziele nicht abziehen. Das Ergebnis wäre vielmehr die dauerhafte Stationierung von amerikanischem Militär, um die USA als unbestrittenen Schiedsrichter über die Verteilung der Rohstoffvorkommen in der Region zu etablieren. In diesen strategischen Zielen liegt die Saat für künftige, noch weitaus blutigere Konflikte.

Ein Rückblick auf die jüngste Geschichte unterstreicht diese Warnung. Die Kriege, die Amerika in den vergangenen zwei Jahrzehnten geführt hat, gingen ausnahmslos auf die Folgen seiner vorangegangenen Politik zurück. Stets sind die einstigen Verbündeten der USA zu ihren späteren Feinden geworden.

Dies gilt für Noriega, der einst von der CIA gestützt worden war, für Saddam Hussein, den früheren Verbündeten der USA am Golf, und für ihren gestrigen Protegé Milosevic. Bin Laden und die Taliban sind die jüngsten Vertreter dieser Spezies – ehemalige Verbündete der USA, die dann auf der Abschussliste landen.

Was den Irak angeht, so unterstützten die USA Saddam Hussein in den 1980-er Jahren als ihren Verbündeten gegen das Khomeini-Regime im Iran. Als jedoch das irakische Regime die Ölinteressen der USA am Persischen Golf bedrohte, verwandelten sie Saddam Hussein in einen Dämonen und brachen einen Krieg gegen Bagdad vom Zaun. Der Hauptzweck des Golfkriegs bestand in der Errichtung einer dauerhaften Militärpräsenz der USA am Persischen Golf. Heute, zehn Jahre später, sind die Truppen noch immer nicht abgezogen.

Noch tragischere Folgen hatte die frühere Unterstützung der USA für bin Laden und die Taliban. Beide sind von den USA hochgezüchtet worden. Von den späten siebziger Jahren an und die gesamten achtziger Jahre hindurch förderte die amerikanische Politik den islamischen Fundamentalismus, um die Sowjetunion zu schwächen und ihren Einfluss in Zentralasien zu unterhöhlen. Bin Laden und andere islamische Fundamentalisten wurden von der CIA rekrutiert, um Krieg gegen die UdSSR zu führen und Zentralasien zu destabilisieren.

In dem Chaos und der Massenvernichtung, die daraufhin einsetzten, wurden die Taliban mit dem Segen der amerikanischen Regierung unterstützt und an die Macht gebracht. Die Macher der

amerikanischen Außenpolitik hielten die Taliban für ein nützliches Instrument zur Stabilisierung Afghanistans nach beinahe zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg.

Ihnen kam diese ultrareaktionäre Sekte gerade recht, um die amerikanischen Interessen im Kaspischen Becken und am Persischen Golf zu befördern und den Druck auf China und Russland zu erhöhen. Wenn, wie die Bush-Regierung behauptet, der Terroranschlag auf das World Trade Center tatsächlich das Werk bin Ladens und seiner Schutzmacht, der Taliban, war, dann liegt die politische Verantwortung für diesen schrecklichen Verlust an Menschenleben in einem sehr tiefgehenden und direkten Sinne bei der amerikanischen herrschenden Elite selbst.

Der Aufstieg der islamisch-fundamentalistischen Bewegungen, die von leidenschaftlicher Feindschaft gegen die USA erfüllt sind, lässt sich nicht nur auf die frühere Unterstützung der USA für die Mudschaheddin in Afghanistan und Pakistan zurückführen, sondern auch auf die amerikanischen Angriffe auf die arabische Welt. Zur selben Zeit, als die CIA die Fundamentalisten in Afghanistan bewaffnete, unterstützte sie den israelischen Einmarsch im Libanon. Dem folgte 1983 die Bombardierung Beiruts, bei der die USA von dem Kriegsschiff *New Jersey* aus Bomben mit einem Einzelgewicht von nahezu einer Tonne auf Wohngebiete abfeuerten. Diese verbrecherische Aktion löste als unmittelbare Vergeltungsmaßnahme den Bombenanschlag auf die US-Kaserne in Beirut aus, der 242 amerikanische Soldaten das Leben kostete.

Das gesamte Phänomen, das mit der Figur Osama bin Ladens verbunden ist, wurzelt darüber hinaus in Washingtons Bündnis mit Saudi Arabien. Seit Jahrzehnten stützen die USA diese feudalistische Autokratie, die ihre eigene Spielart des islamischen Fundamentalismus verbreitet, um sich an der Macht zu halten.

Alle diese Winkelzüge mitsamt ihren katastrophalen Nachwirkungen ergeben sich aus dem Charakter der amerikanischen Außenpolitik, die nicht von demokratischen Prinzipien bestimmt und nicht in offenen Diskussionen und öffentlichen Debatten ausformuliert wird. Ihre Festlegung ergibt sich vielmehr aus ökonomischen Interessen, die vor der amerikanischen Bevölkerung verheimlicht werden.

Wenn die US-Regierung von einem Krieg gegen den Terrorismus spricht, so ist dies nicht nur deshalb reine Heuchelei, weil der Terrorist von gestern der Verbündete von heute ist und umgekehrt, sondern auch, weil die amerikanische Politik eine soziale Katastrophe geschaffen hat, die den Nährboden für terroristische Organisationen abgibt. Nirgendwo treten die Ergebnisse der räuberischen Rolle des amerikanischen Imperialismus deutlicher hervor als in der unbeschreiblichen Armut und Rückständigkeit, unter der die Bevölkerung Afghanistans zu leiden hat.

Welche Zukunftsaussichten eröffnet der jüngste Ausbruch des amerikanischen Militarismus? Selbst wenn die USA ihre unmittelbaren Ziele erreichen, besteht kein Grund zu der Annahme, dass das soziale und politische Pulverfass in Zentralasien danach weniger explosiv sein werde.

Das Gerede der USA von der "Staatenbildung" in Afghanistan beruht auf ihrem Bündnis mit der Nordallianz, die gegen die Taliban kämpft und mit der das Pentagon seine Militärschläge abstimmt. Genau wie Washington die albanische terroristische Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) als Söldnerarmee im Kosovo benutzte, so bedient es sich jetzt der Bande von Warlords, die sich im Nordosten Afghanistans verschanzt hat, als Werkzeug für die Drecksarbeit in Zentralasien.

Angesichts der Tatsache, dass die Nordallianz nun als Vorkämpfer für Freiheit und humanitäre Grundsätze dargestellt wird, ist es aufschlussreich, wenn man jüngeren Berichten der *New York Times* und anderer Publikationen entnimmt, dass der Löwenanteil des afghanischen Opiumhandels aus dem kleinen Gebiet stammt, das von der Nordallianz kontrolliert wird. Ihre militärischen Statthalter sind darüber hinaus berüchtigt dafür, dass sie in den frühen 1990-er Jahren die Stadt Kabul rücksichtslos unter Raketenbeschuss nahmen und dabei Tausende Zivilisten töteten.

Die Behauptungen der USA, man werde Afghanistan "wieder aufbauen", sobald man es endgültig in Schutt und Asche gelegt habe, sind von Grund auf verlogen. Dies bestätigt ein Artikel, der zu Beginn des Krieges in der *New York Times* erschien. "Das Pentagon

hofft", hieß es darin, "dass der psychologische Schock der Luftschläge, die Bestechungsgelder für die von Washington verdeckt unterstützten Anti-Taliban-Kräfte in Afghanistan und blanker Opportunismus viele Taliban-Kämpfer dazu veranlassen werden, ihre Waffen niederzulegen und zu desertieren."

Angesichts der Beschaffenheit der Region, die über riesige Vorkommen lebenswichtiger Rohstoffe verfügt, liegt außerdem auf der Hand, dass keine der Mächte in Zentralasien sich auf lange Sicht mit einer Lösung abfinden wird, welche die USA zum alleinigen Schiedsrichter macht. Russland, Iran, China, Pakistan und Indien haben alle eigene Interessen und werden sie auch verfolgen. Darüber hinaus wird die Präsenz der USA zwangsläufig mit den Interessen der aufsteigenden bürgerlichen Regime in den kleineren Staaten der Region kollidieren, die aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion herausgeschnitten wurden.

Jeder neue Ausbruch des amerikanischen Imperialismus zieht immer schlimmere Katastrophen nach sich. Jetzt haben die USA ein Abenteuer in einer Region angezettelt, die seit langem den Brennpunkt von Intrigen zwischen den Großmächten bildet, überdies von Nuklearwaffen nur so wimmelt und von sozialen, politischen, ethnischen und religiösen Spannungen heimgesucht wird, die durch bittere Armut noch verschlimmert werden.

In einem seltenen lichten Moment schilderte die *New York Times* die Gefahren, die sich aus dem Krieg der USA ergeben. Unter der Überschrift "Pakistan, ein schwankender Verbündeter" schrieb sie am 2. Oktober: "Indem Amerika dieser brüchigen und zerrissenen Nation eine zentrale Rolle im 'Krieg gegen den Terrorismus' zuweist, läuft es Gefahr, eine Kettenreaktion von Umwälzungen in einem Gebiet auszulösen, in dem Bürgerkriege wahrscheinlich und Nuklearwaffen verfügbar sind."

Weder die Verlautbarungen der US-Regierung noch die Berichterstattung der Medien enthalten irgendeine seriöse Untersuchung der wirklichen ökonomischen und geostrategischen Ziele hinter dem jüngsten militärischen Angriff. Auch weist nichts darauf hin, dass das politische Establishment in den USA die weitreichenden und möglicherweise katastrophalen Folgen des jetzt eingeschlagenen Kurses ernsthaft durchdacht hätte.

Zwar bemühen sich die Medien unaufhörlich, Chauvinismus und Militarismus aufzupeitschen, doch in der amerikanischen Bevölkerung herrscht keine Kriegsbegeisterung. Es wird höchstens passiv hingenommen, dass der Krieg das einzige Mittel zum Kampf gegen den Terrorismus darstelle. Diese Stimmung ist zu einem großen Teil auf die völlig unaufrichtige Berichterstattung in den Medien zurückzuführen, die als verlängertes Arm der Regierung fungieren. Hinter der halbherzigen Billigung der Militäraktion steckt ein tiefes Gefühl von Unbehagen und Skepsis. Dutzende Millionen Menschen spüren, dass dieser jüngste Ausbruch des amerikanischen Militarismus nichts Gutes hervorbringen kann.

Die Vereinigten Staaten stehen an einem Wendepunkt. Die Regierung gibt zu, dass sie sich auf einen Krieg eingelassen hat, dessen Ausmaß und Dauer nicht abzusehen sind. So kommt es zur Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft vor dem Hintergrund einer immer tieferen sozialen Krise.

Dieser Krieg wird sich sehr stark auf die Lebensbedingungen der amerikanischen und internationalen Arbeiterklasse auswirken. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedroht der Imperialismus die Menschheit mit einer Wiederholung der Tragödien des 20. Jahrhunderts in weitaus schlimmeren Ausmaßen. Der Imperialismus und seine Verwüstungen verleihen der internationalen Einheit der Arbeiterklasse und dem Kampf für den Sozialismus eine dringendere Notwendigkeit als jemals zuvor.

---

## ® World Socialist Web Site

---

Weitere Informationen: PSG • Partei für Soziale Gleichheit  
Postfach 040 144, 10061 Berlin, Telefon 030/30 87 24 40  
E-Mail: info@gleichheit.de

<http://www.wsws.org/de>

Presserechtl. verantw.: L. Niethammer, Postf. 040144, 10061 Berlin